

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Konkrete und wirksame Maßnahmen gegen die Asylflut einleiten - der Umvolkung in unserer Heimat konsequent begegnen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern verurteilt das Verhalten der Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzlerin Merkel, die Drittstaatenregelung zeitlich aufzuheben, wodurch hunderttausende Fremde die Bundesrepublik Deutschland als „neue Heimat“ auserkoren haben.
2. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, Hilfe für Asylanten unverzüglich auf das Sachleistungsprinzip umzustellen, um finanzielle Zuwanderungsanreize einzudämmen.
3. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, alle EU-Anwärterstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verwaltungsgerichte zusätzlich personell aufzustocken, um das Klageaufkommen von Asylanten kurzfristig abzuarbeiten.
5. Der Landtag fordert die unverzügliche Wiedereinrichtung der Residenzpflicht, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und die Asylantenkriminalität wirksam bekämpfen zu können.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf darauf hinzuwirken, dass abgelehnte Asylanten sowie Ausländer ohne Aufenthaltsstatus konsequent und unverzüglich abgeschoben sowie mit einer Wiedereinreisesperre belegt werden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die massiv gestiegenen Asylbewerberzahlen haben zu einer Krise beispiellosen Ausmaßes geführt. Die Kosten pro Asylbewerber belaufen sich im Monat auf durchschnittlich 1.200 Euro. Laut dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund ist allein in diesem Jahr wegen der gigantischen Zahl von prognostizierten 800.000 Asylbewerbern mit rund zehn Milliarden Euro an Kosten zu rechnen. Nicht nur die hohe Zahl der Asylanträge, vor allem die Langwierigkeit der Verfahren, bringt enorme Kosten mit sich.

Weitere mit der dramatischen Asylflut zusammenhängende Probleme sind die überhandnehmende Kriminalität in den Asylbewerberunterkünften und deren unmittelbarer Umgebung. Anwohner werden belästigt, bedroht und gewaltsam attackiert, auch Polizeikräfte wurden schon mehrfach Opfer von Asylantengewalt.